



02. April 2026

Was Völklingen uns in Berlin lehren sollte

DPoIG Berlin fordert Früherkennung verhaltensauffälliger Gewalttäter

Ein neues Frühwarnsystem bei der Polizei Berlin soll schwere Straftaten verhindern – stößt jedoch auf Kritik, die laut DPoIG von den eigentlichen Problemen ablenkt. Denn Gewalttaten durch verhaltensauffällige und oft polizeibekannte Täter nehmen zu. Doch das System reagiert zu spät. Während Polizei, Krisendienste und Kliniken am Limit arbeiten, fehlen nachhaltige Strukturen.

Fall Völklingen zeigt tödliche Folgen

Ein Beispiel, das uns als Kolleginnen und Kollegen fassungslos macht, ist der Fall des im August 2025 im saarländischen Völklingen im Dienst erschossenen Polizeioberkommissars Simon Bohr. Er zeigt, wohin diese Entwicklung führen kann: Ein 19-Jähriger entriss bei einem Einsatz einem Kollegen die Dienstwaffe und eröffnete das Feuer. Simon Bohr starb noch am Tatort. Und nun wurde der 19-Jährige wegen Schuldunfähigkeit (er ist an Schizophrenie erkrankt) „freigesprochen und lediglich wegen besonders schweren Raubes nach Jugendstrafrecht verurteilt. Es wurde die unbegrenzte Unterbringung in der geschlossenen Psychiatrie angeordnet“.

Endlose Drehtür zwischen Polizei und Gesundheitssystem

Der Fall Völklingen ist kein Einzelfall. Er steht exemplarisch für eine Entwicklung, die auch in Berlin längst Realität ist – und bei der Einsatzkräfte immer wieder auf bekannte, verhaltensauffällige Personen treffen, ohne dass frühzeitig wirksame Maßnahmen greifen.

„Täglich werden Menschen in dieser Stadt Opfer von Gewalttaten, verübt von oftmals polizeibekannten Personen mit Verhaltensauffälligkeiten oder psychisch Kranken,“ sagt Bodo Pfalzgraf, Landesvorsitzender der DPoIG Berlin.

Es folgt das übliche. Alles landet erstmal bei der Polizei, dann beim personell ausblutenden sozialpsychiatrischen Dienst der Bezirke oder den Kriseninterventionsdiensten und danach in den Kliniken, die seit Jahren völlig überlastet sind. Rasch werden die Betroffenen sich selbst überlassen, ohne Chance auf eine umgehende ambulante Anschlusstherapie, verfallen so wieder in alte Verhaltensmuster, missbrauchen Drogen und Alkohol. Niemand überwacht die Einnahme der Medikamente, die nur helfen, wenn sie auch genommen werden. Dann kommt wieder die Polizei, sie wird es schon richten. Und die endlose Geschichte beginnt von vorn.

Politikversagen verschärft Sicherheitslage

„Seit 20 Jahren sieht die Politik zu. Ohne Strukturen zu verändern. Ohne sich Gedanken zu machen. Nun geht die Polizei neue wichtige und richtige Wege und hat plötzlich den schwarzen Peter. Das ist absolut unredlich“, so Bodo Pfalzgraf.

02. April 2026

Was Völklingen uns in Berlin lehren sollte

DPoIG Berlin fordert Früherkennung verhaltensauffälliger Gewalttäter

Neue Wege der Polizei unter Kritik

Die Psychotherapeutenkammer Berlin sowie die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus kritisieren das Pilotprojekt als rechtlich und fachlich unausgereift. Doch der Landesvorsitzende der DPoIG Berlin, Bodo Pfalzgraf, hält dagegen: „Die Vorwürfe, die Polizei Berlin würde Menschen mit psychischen Erkrankungen unter einen Generalverdacht stellen, sie diskriminieren und stigmatisieren, sind hanebüchener Unsinn. Anstatt das Pilotprojekt der Polizei Berlin zur Verhinderung schwerer Gewalttaten reflexartig zu kritisieren, womöglich auch, um von eigenen Versäumnissen abzulenken, wäre es ratsam, die systemischen Mängel im Gesundheitswesen genauer unter die Lupe zu nehmen. Gerade im Bereich der Versorgung psychisch kranker Menschen sind diese bedenklich und gefährden die innere Sicherheit.“ Handlungsbedarf besteht seit langem.

Früherkennung als Schlüssel zur Prävention

Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe (BLAG) befasst sich schon länger mit dem Thema Risikoanalyse zur Verhinderung von Gewalttaten. Auch die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) empfiehlt zur Prävention von Gewalttaten die Einrichtung „von forensisch-psychiatrischen Fachstellen bei Sicherheitsbehörden mit eigenständiger Expertise und klaren Datenschutzstandards“.

Schließlich häufen sich die Vorfälle, in denen verhaltensauffällige Personen straffällig werden und es nur eine Frage der Zeit ist, bis die gleiche Person erneut mit dem Gesetz in Konflikt gerät, dadurch Leben und Gesundheit anderer Menschen bedroht sind. Regelmäßig entwickeln sich zudem aufgrund irrationaler und nicht vorhersehbarer Verhaltensweisen solcher Täter brenzlige Einsatzsituationen, geraten Polizisten selbst in (Lebens-)Gefahr. Immer wieder erweisen sich in solchen Fällen die bisherigen Interventionsmöglichkeiten als unzureichend oder funktionieren die bestehenden Mechanismen nicht gut genug.

Gefahrenabwehr als eine zentrale und originäre Aufgabe hoheitlichen Handelns

Schon jetzt analysiert die Polizei Risiken, bewertet Gefahrenlagen, ist Prävention eine Kernkompetenz der Polizei. Das Früherkennungs- und Bedrohungsmanagement bündelt Fachexpertise und hebt die Themen Risikoanalyse und Gefährdungsbewertung auf ein völlig neues Level. Im Ergebnis der fundierten Einschätzung einer mutmaßlich gefährlichen Person werden, wenn dann nötig, zielgerichtet Maßnahmen ergriffen, bevor eine schwere Straftat passiert, ein Mensch gar getötet wird. Das schützt die Allgemeinheit, Einsatzkräfte und Betroffenen gleichermaßen.

Entscheidend für einen langfristigen Erfolg ist, dass als gefährlich eingestufte Personen die bedarfsgerechte Behandlung erhalten, die sie benötigen. Dies fällt nicht in den Aufgabenbereich der Polizei, weshalb sie darauf angewiesen ist, dass andere Behörden und Akteure aus dem Gesundheitsbereich verlässlich kooperieren. Budgetkürzungen bei der ambulanten Psychotherapie & chronischer Personalmangel bei den Krisen- und sozialpsychiatrischen Diensten in den Bezirken stehen dem entgegen.